Kürzungen im Kölner Haushalt zurücknehmen! Sozial-ökologischen und mobilen Wandel gestalten!

Die Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln macht der Kölner Öffentlichkeit, aber auch den Parteien im Rat der Stadt einen Vorschlag, wie der sozial-ökologische Wandel gestaltet werden kann, und wie Kürzungen im Haushaltsentwurf 2025/2026 zurückgenommen werden können. Dazu haben wir auch einen Vorschlag, wie die Einnahmen in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils rund 70 Millionen Euro verbessert werden können.

I.

Bei unserem Veränderungsnachweis ist unsere erste Prämisse, Kürzungen rückgängig zu machen und damit den Erhalt und die Stärkung von Strukturen zu gewährleisten. Im Gegensatz zur Stadtverwaltung haben wir auf Zuschüsse, die Personalkosten enthalten, 10 % Kostensteigerung aufgeschlagen, um die Personalkostensteigerungen zu berücksichtigen. Folgende Schwerpunkte:

Rücknahme der Kürzungen insbesondere im Sozial-, Bildung-, Umwelt-, Kultur- und Sportbereich: Ein besonderes Augenmerk haben wir auf die kleinen Träger gelegt, die im Haushalt nicht mehr vorgesehen sind, die quasi auf Null gesetzt wurden und keinen finanziellen Spielraum mehr haben. In der Übergangszeit zum neuen Haushalt (vorläufige Haushaltsführung) müssen alle Akteure eine angemessene Abschlagszahlung erhalten.

Übernahme kommunalpflichtiger Leistungen des JobCenters durch direkte Zahlungen der Träger: Verschiedene Träger erhalten seit vielen Jahren Mittel aus den kommunalpflichtigen Leistungen der Stadt Köln und des JobCenters, z.B. Frauen gegen Erwerbslosigkeit, Claro, Schuldnerhilfe, Alternative Wege in den Job, JobAktiv. Das sind insgesamt ca. 1 Mio. Euro. Die Verwaltung hat ihnen übel mitgespielt, indem sie ihnen nicht frühzeitig mitgeteilt hat, dass die Mittel aus diesen Töpfen nicht mehr fließen dürfen und sie dann einfach auf Null gesetzt hat.

Antifeministische Kürzungen werden zurückgenommen: Zahlreiche Kürzungen und komplette Streichungen bei Frauenprojekten werden zurückgenommen.

Das Projekt Stadtteilmütter Mülheim muss weitergeführt werden: Das Projekt ist seit Jahren umkämpft. Es ist innovativ, integrativ und eine besondere Form der Selbstorganisation sozialer Arbeit.

Kleine und mittlere Kulturträger müssen erhalten bleiben: Die Liste der Rücknahmen von Kürzungen im Kulturbereich ist sehr lang. Gerade die kleinen Akteure der freien Kulturszene müssen eine Chance haben.

Verstetigung von Bewegung und Sport: Wir wollen den Beihilfefonds für Sportvereine fortführen und stellen dafür 600.000 Euro zur Verfügung. Das Projekt des Stadtsportbundes zur Prävention sexueller Gewalt setzen wir mit 35.000 Euro fort.

Erhalt des Strukturhilfefonds für Energiekostenzuschüsse und besondere Notlagen für den Bereich Soziales, Jugend, Kultur und Sport: Die Strukturhilfefonds 2023 und 2024 haben sich bewährt, auch die Verteilung der Mittel. Wir stellen daher weiterhin 5 Millionen Euro zur Verfügung. Wir halten den Strukturhilfefonds für ein wichtiges Instrument, um auf mögliche Notsituationen vorbereitet zu sein.

Fortführung des Zuschusses für das Deutschland-Ticket: Wir nehmen die Kürzungen des Zuschusses für das Deutschland-Ticket in Höhe von 12,25 Euro für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurück.

II.

Die Rücknahme von Kürzungen allein wird nicht ausreichen, um in einer Periode der sozial-ökologischen und mobilen Transformation für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Hier hat die Verwaltung sich einen schlanken Fuß gemacht. Es bedarf wichtiger Projekte, die insgesamt zu einer Stärkung einer solidarischen Stadtgesellschaft beitragen:

Kölner Konzept zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit: Wir unterstützen das mit großer Mehrheit beschlossene Konzept. Wir haben bei der Beschlussfassung über das Konzept kritisiert, dass keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb stellen wir 5,2 Mio. Euro zur Verfügung, davon 850.000 Euro für eine soziale Wohnraumagentur.

Die geplanten Gewinne der GAG in Höhe von 14,7 Mio. Euro wollen wir für den Wohnungsbau verwenden und nicht in den allgemeinen Haushalt abführen. Die Hälfte soll im Unternehmen verbleiben, die andere Hälfte soll in einen Zuschuss an die GAG umgewandelt werden, um mit neuen Wohnungen den Bestand an belegungsgebundenen Wohnungen für die Stadt Köln zu erhöhen. Gleichzeitig soll die sozialverträgliche energetische Sanierung bei der GAG verbessert werden.

Mobilitätswende auch finanziell angehen: Der Stadt Köln fehlen bis 2030 ca. 400 Mio. Euro für die Mobilitätswende, vor allem für die KVB. Mit 5 Hebesatzpunkten mehr bei der Gewerbesteuer sollen Kapitalisten und Gewerbesteuerzahler mit ca. 77 Mio. Euro an der Verkehrswende beteiligt werden.

Klimaschutz verbessern und der Klima-Katastrophe begegnen: Wir schlagen vor, das Investitionsprogramm „Gebäudesanierung und

Erneuerbare Energien - Klimafreundliches Wohnen“ mit 30 Mio. Euro auch für 2026 fortzusetzen und wollen zusätzlich durch zahlreiche Projekte die Klimaresilienz bei Starkregenereignissen verbessern. Dafür stellen wir 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Aufbau von Gesundheitszentren: Köln soll in den nächsten Jahren kommunale Gesundheitszentren aufbauen. Dort soll es nicht nur einen niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen geben. Es soll auch Beratungsangebote zu krankmachenden Lebensumständen geben. Wir wollen Gesundheitszentren zunächst in den Stadtteilen voranbringen, in denen die Menschen über weniger Einkommen verfügen.

Bei der Bildung wollen wir u.a., dass die Stadt als Schulträger schrittweise deutlich mehr Sozialarbeiter*innen an Schulen einstellt und die Preiserhöhung beim Schülerticket zurücknimmt. Neue hoch qualifizierte Mitarbeitende bei der Gebäudewirtschaft sollen für eine schnellere Sanierung der Schulgebäude sorgen. Die bisherigen Bildungs- und Jugendangebote von Trägern sind auch wichtig für den sozialen Zusammenhalt der Stadtteile. Sie sollen alle weiter unterstützt werden.

Benachteiligte Stadtteile besonders fördern:
Wir, die Ratsfraktion DIE LINKE, setzen uns besonders für die Menschen in Stadtteilen mit geringem Einkommen und hoher SGB II-Quote ein. Wir wollen Selbstwirksamkeit und Solidarität stärken und arme Stadtteile zu selbstbewussten Veedeln entwickeln. Deshalb wollen wir mehr Geld für die Stadtbezirke, eine gesicherte Finanzierung für Bürgerhäuser, das Projekt „Dritte Orte“ mit sozialen Einrichtungen fortführen, die Einschulungshilfen erhöhen, die Schulsozialarbeit ausbauen, das Projekt Stadtteilmütter fortzuführen, Jugendzentren und Sportmöglichkeiten in benachteiligten Stadtteilen schaffen. Das sind viele Einzelprojekte, die uns am Herzen liegen und für die wir kämpfen.